

Bundestagswahl-Kandidaten äußern sich zur gesetzlichen Rente

Diskussionsforum des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Pößnecker Bilke gibt Bürgern die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Von Caroline Reul

Pößneck. Wie kann die gesetzliche Rente auch für kommende Generationen gesichert werden? Meinungen zu diesem Thema wollte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von den Kandidaten zur Bundestagswahl des Wahlkreises 195 (Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis – Saalfeld-Rudolstadt) hören und lud daher am Mittwoch in die Pößnecker Bilke zur Diskussionsrunde.

Reginald Hanke, Kandidat der FDP ließ sich wegen Terminkollisionen entschuldigen und schickte stattdessen Patrick Frisch, stellvertretender Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Jena-Saale-Holzland. Albert Weiler (CDU), Ralf Kalich (Die

Linke), Alexander Meinhardt-Heib (SPD) und Stephanie Erben (Bündnis 90/Die Grünen) aber nahmen sich die Zeit.

Anders als mancher erwartet haben dürfte, gab es keine Podiumsdiskussion. Nach einem einführenden Vortrag zur

Entwicklung der gesetzlichen Rente durch Thomas Steinhäuser, Rentenexperte der IG Metall, verteilten sich die Politiker mit den Gästen an Tische, um in kleinen Runden zu diskutieren. Eine späteres Plenum, in dem noch einmal Fragen an alle

gestellt werden konnten, machte diese Variante aber nicht abkömmlich.

Stephanie Erben warb für die grüne Garantierente, die jedem langjährigen Beitragszahler eine Rente oberhalb der Grundversicherung gewährleistet. Gleichzeitig



In Gruppen konnten die Gäste mit den Kandidaten sprechen,

Foto: Caroline Reul

soll jeder Bürger entsprechend der Einkunftsart in die Rentenversicherung einzahlen. So soll die Rentenversicherung stabil und verlässlich bleiben.

Stabilität des Beitragssatzes und gleichzeitig des Rentenniveaus durch Zuführung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt griff als SPD-Standpunkte Alexander Meinhardt-Heib auf. Für Ralf Kalich funktioniert Rente nicht ohne Chancengleichheit, weshalb er vorrangig gleiche Bildungschancen für alle forderte. Auch für ihn muss die generelle Forderung lauten: Alle zahlen ein.

Patrick Frisch sprach sich dafür aus, in der Zukunft nicht nur auf die gesetzliche Rentenversicherung zu bauen, sondern auch betriebliche und private

Altersvorsorge zu stärken. Ähnlich hielt es Albert Weiler. Die Frage, ob er sich hierzulande ein Rentenniveau vorstellen könnte, wie es in Österreich existiert, verneinte er. „Sicherlich wären 70 Prozent schön“, sagte er. Da

2017 
**BUNDESTAGS
WAHL**

das hiesige Rentensystem aber so deutlich von dem des Nachbarlandes abweiche und er nicht glaube, dass eine notwendige Änderung des Grundgesetzes erreicht werden könne, halte er es schlicht für unrealistisch.